

13. VII. 1917

146

gers angeschlossen haben. Infolgedessen bitte er das Haus, es möge beschließen, die Landtagsverhandlungen bis zur Erledigung der Demissionsgesuche zu vertagen. (Lebhafte Rufe auf den Bänken der Majorität: „Es lebe der Banus!“)

Präsident Dr. Medakovic erklärte, da die Mitteilung des Banus vollkommen der richtigen parlamentarischen Gepflogenheit entspreche, stelle er den Antrag, das Haus möge die Vertagung bis zur Erledigung der Regierungsfrage beschließen.

Der Antrag wurde angenommen. Die Majorität bereitete dem Banus beim Verlassen des Saales neuerlich sehr warme Ovationen.

Eintritt der Opposition in den Wiener Stadtrat.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Giller.

Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 12. Juni.

Im Wiener Gemeinderat hat sich heute nachmittag ein lokalpolitisches Ereignis vollzogen, das an sich gewiß hinter die ungeheuren Geschehnisse auf der großen Weltbühne in seiner Bedeutung zurücktritt; an dem man aber als Wiener, da auch dieses Ereignis dem inneren Wesen nach als Produkt des Krieges bezeichnet werden muß, doch nicht lang- und klanglos vorübergehen sollte. Nach mehr als zwanzigjähriger Pause ziehen wieder Vertreter der Opposition in den Stadtrat ein. Der bisher „kontraktlose Stadtrat“ erhält drei Mitglieder, welche nicht der Kreifen der Majorität entstammen. Für übergroße Freude ist allerdings kein Grund vorhanden. Es muß gewiß zugestanden werden, daß die gemäßigten Elemente der christlichsozialen Majorität, an ihrer Spitze Bürgermeister Dr. Weiskirchner selbst, seit längerer Zeit schon die Unmöglichkeit des gegenwärtigen Zustandes empfanden und sich reiblich alle Mühe gaben, einem Verhältnisse ein Ende zu machen, welches der Stadt Wien sicherlich keine Ehre bereite und allen parlamentarischen Sitten der ganzen Welt zuwiderliefe — das Verhältnis einer vollständig durch eine übergroße Majorität von den wichtigsten Geschäften ausgeschlossenen Minorität. Andererseits wird aber die Freude an dem endlichen Durchringen parlamentarischer Sitten im Wiener Gemeinderat durch einige Nebenumstände herabgeschraubt. Vor allem verstimmt es, daß dieses Handreich an die Opposition erst gegen Ende des dritten Kriegsjahres erfolgt, daß es in einem Augenblicke erfolgt, wo schwere Sorgen die Stadt zu bedrücken beginnen und der Wunsch, die Verantwortung mit anderen zu teilen, nur allzu begreiflich ist. Weiter ist die an sich selbstverständliche Einräumung von Sitzen im Stadtrat an die Opposition im Junktim gestanden mit einer unpopulären und meiner Ansicht auch unnötigen Maßregel, der Vermehrung der Stadtratsstellen um drei, so daß es nach außen hin leicht den Anschein erwecken mag, daß um der Opposition willen diese Vermehrung notwendig war, was doch absolut nicht der Fall war. Und dann war die Zahl der der Opposition eingeräumten Stellen — nämlich drei nicht im Verhältnis zu der Zahl der Vakanten, nämlich dreizehn. Es wäre zum mindesten recht und billig gewesen, wenn für jeden Bezirk, von welchem bürgerlich-freieiliche Gemeinderäte in den Gemeinderat entsendet wurden, eine Stadtratsstelle eingeräumt worden wäre. So erhielten aber bloß der erste und neunte Bezirk ein freieiliches Stadtratsmandat, während durch die Majorität für die Leopoldstadt, welche zu zwei Dritteln freieiliche Gemeinderäte entsendet hat und unter andern auch über die größte Anzahl israelitischer Gemeindevähler verfügt, zwei christlichsoziale Stadträte bestellt wurden.

Aber wie dem auch immer sein mag, Ideen, welche durch mehr als 25 Jahre das Wiener Bürgerium spalteten und gegeneinander verhetzten, können nicht mit einem Male grundlegende Aenderungen aufweisen, und der Gedanke, daß jede Minorität in der Stadt ihrer Pflichtenleistung entsprechend auch Lebensrechte besitzt, muß noch tiefere Wurzeln fassen. Wenn aber nach langer Zeit die